



# REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT MITTELTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts

## **Beschluss Nr. PLA 27/03/13 vom 11.04.2013**

### **Antwort**

der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen (RPG) zur

### **Mitwirkung der RPG an der Demographiestrategie der Thüringer Landesregierung**

Der Minister für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Herr Christian Carius, hat die Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen mit Schreiben vom 13.02.2013 um die Mitwirkung bei der Erarbeitung der Demographiestrategie für Thüringen gebeten.

Die Landesregierung hat ihn beauftragt, auf Grundlage der vorliegenden Demographieberichte I – III (Analyse, Herausforderungen und Handlungsansätze bei der Sicherung der Daseinsvorsorge, Entwicklungen und Tendenzen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft) bis Ende 2013 eine Demographiestrategie vorzulegen.

Basis für die Mitwirkung an der Demographiestrategie sind folgende Fragen:

1. Welche von den demografischen Herausforderungen besonders betroffenen Themen und Bereiche erachten Sie als zentral für eine demografiefeste Zukunftsentwicklung des Freistaates?
2. Der demografische Wandel ist auch eine Chance. Welche Potenziale erkennen Sie für Thüringen?
3. Wo besteht aus Ihrer Sicht Handlungs- bzw. Gestaltungsbedarf und wie könnte dieser ggf. ausgestaltet sein?
4. Welche offenen Fragen und ggf. Defizite sehen Sie in den Themenbereichen mit Demografiebezug? Wo fehlt es aus Ihrer Sicht an Konzepten, Maßnahmen oder Instrumenten?
5. In Ihrem Tagesgeschäft sind Sie oftmals unmittelbar mit der Umsetzung und Ausgestaltung von landes- und/oder bundesrechtlichen Regelungen wie Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen oder auch Fördergrundsätzen betraut. Sehen Sie hier Bedarf zur Anpassung an die sich verändernden demografischen Bedingungen und wenn ja, welche?

Der Planungsausschuss der RPG fasst auf dieser Basis folgenden Beschluss:

**Die Erarbeitung einer Demographiestrategie für Thüringen wird begrüßt und unterstützt. Die Möglichkeit der Mitwirkung wird über den in der Anlage vorliegenden Antwortbrief an Herrn Minister Carius wahrgenommen.**

### **Begründung:**

Demographie ist ein entscheidender Parameter für die zukünftige Entwicklung des Landes. Daher bedarf es der intensiven Auseinandersetzung mit diesem Thema, wie es mit den vorliegenden Demographieberichten bereits erfolgt ist. Diese haben in weiten Teilen einen ana-

lysierenden Charakter und stellen bestehende, zum Teil sehr ambitionierte und erfolgreiche Projekte, Richtlinien und Steuerungsansätze etc. unter einem neuem Blickwinkel zusammen. Darüber hinaus ist aber eine konsequente und zielgerichtete Strategieentwicklung notwendig.

Die im Antwortschreiben zur Frage 1 aufgegriffenen Themenfelder berühren die Grunddaseinsfunktionen des Menschen (Wohnen, Arbeiten, Bilden, Versorgen und Erholen) mit Bezug auf den demographischen Wandel. Zentrale Orte stellen ideale Bezugspunkte her, um diese Aufgaben durch Bündelung im Raum zu verorten. Nur aus dieser Sicht ist die Frage nach gleichwertigen Lebensbedingungen und nachhaltiger Entwicklung ansatzweise zu beantworten.

Auch beim Erarbeiten der Demographiestrategie für Thüringen dürfen die mit den hiesigen Standortbedingungen verbundenen Chancen und Potentiale Thüringens (Frage 2) nicht verkannt werden, insofern muss hier der Blick geöffnet werden. Dies ist ebenso in der zeitlichen Dimension sinnvoll. Die fast schleichende Entwicklung des Bevölkerungsrückganges führte wohl auch dazu, dass die mit dem demographischen Wandel verbundenen Probleme weitgehend ignoriert wurden, sie bieten aber gleichfalls die Chance, jetzt noch darauf Antworten finden zu können.

Interkommunale Kooperation und bürgerschaftliches Engagement sind auf unterschiedlichen Ebenen Ansätze, um einerseits kleinteilige Kommunalstrukturen und andererseits eine teilweise überkommene Versorgungsmentalität hinter sich zu lassen. Es mag zwar jeweils als zwingende Notwendigkeit oder als „aus der Not geboren“ erscheinen, aber sie sind solide Strategien, um den Folgen des demographischen Wandels zu begegnen und dabei Lebensqualität zu erhalten.

Kommunen und deren Beteiligungsgesellschaften (Stadtwerke, Wohnungsunternehmen etc.) sind Träger und Förderer einer Vielzahl von Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur, daher besteht auf dieser Ebene dringender Handlungs- und Gestaltungsbedarf (Frage 3). Die in Thüringen vorhandene überwiegend kleinteilige Kommunalstruktur und die durchschnittlich geringere Finanzkraft der Kommunen führt dazu, dass neben dem zu bewältigenden Alltagsgeschäft kaum oder keine Ressourcen (Zeit, Finanzen, Know-how) für die strategische Entwicklung der Kommunen vorhanden sind.

Für die Bürgerinnen und Bürger sind transparente Entscheidungen wichtig. Dies beginnt bei der Information über die tatsächliche Lage und die zu erwartenden Folgen bis hin zur Motivation für bürgerschaftliches Engagement. Eine vielseitige Informations- und Kommunikationsstrategie kann der Versuch sein, die Frustration über den notwendigen Aufbruch bestehender Angebote v. a. der sozialen Infrastruktur und der Nahversorgung abzubauen und den Weg für die Etablierung neuer Angebote zu ebnen.

Der dargelegte inhaltliche Gestaltungs- und Handlungsbedarf (Frage 3) nimmt in erster Linie Bezug auf die unter Frage 1 genannten Themenfelder. Ein zentrales Instrument für die zukünftige Entwicklung Thüringens ist das Landesentwicklungsprogramm 2025. Die RPG hat sich hierzu im Beteiligungsverfahren gegenüber dem TMBLV umfassend geäußert. Daher wird hier auf die Stellungnahme verwiesen und nur schlagwortartig der darin geäußerte Veränderungsbedarf genannt.

Die weiterhin genannten Instrumente und Maßnahmen werden zur Unterstützung einer effektiven Stadt- und Raumplanung benötigt. Ohne konkrete und genaue Daten können keine wirksamen Strategien entwickelt werden.

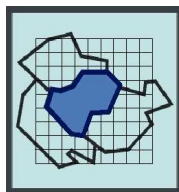
Über die vorhandenen Modellvorhaben der Raumordnung wurden nicht nur in Thüringer Regionen Strategien zum Umgang mit demographischen Folgewirkungen entwickelt. Ebenso

trifft dies auf eine Vielzahl von Regionalen und Stadt-Entwicklungskonzepten zu. Einige Projekte und Maßnahmen wurden daraus umgesetzt, andere stellen aber nach wie vor attraktive Ansatzpunkte für die Bewältigung der demographischen Auswirkungen dar. Akute konzeptionelle Defizite zu einem Bedarf an Konzepten werden daher nicht gesehen (Frage 4).

Die Vorschläge zur Umsetzung und Ausgestaltung von landes- und / oder bundesrechtlichen Regelungen (Frage 5) basieren in erster Linie auf Erfahrungen aus den Modellvorhaben der Raumordnung, der Aktivitäten der RPG im Bereich der erneuerbaren Energien und der Einbindung in die Prozesse der Landentwicklung (RAG). Insbesondere der Blick auf bundesrechtliche Regelungen ermöglicht es aber, den Blickwinkel über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus zu erweitern.

gez. H e r t w i g

Vorsitzender des Planungsschusses



# REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT MITTELTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts

VORSITZENDER DES PLANUNGS-AUSSCHUSSES

Regionale Planungsstelle der RPG Mittelthüringen beim  
Thüringer Landesverwaltungsamt · Postfach 2249 · 99403 Weimar

Thüringer Ministerium für Bau,  
Landesentwicklung und Verkehr  
Herrn Minister Carius  
Postfach 900362

99106 Erfurt

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom  
8045/20-1-22

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Weimar  
23.07.2013

## Demographiestrategie der Thüringer Landesregierung

Sehr geehrter Herr Minister Carius,

haben Sie zunächst vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13.02.2013, in dem Sie der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen (RPG) die Möglichkeit der Mitarbeit an der Demografiestrategie der Thüringer Landesregierung eingeräumt haben, die ich gerne wahrnehmen möchte. Auch möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie die besondere Situation der RPG berücksichtigt und uns die Möglichkeit gegeben haben, unsere Anregungen auch noch nach dem im o. g. Schreiben genannten Termin übergeben zu können.

Die Thüringer Bevölkerung wird in den nächsten Jahren schneller als der Bundesdurchschnitt zurückgehen. Sie wird älter und pflegebedürftiger. Zuzüge aus dem In- und Ausland werden den Bevölkerungsrückgang und den zukünftigen Fachkräftemangel in strukturschwachen Gebieten nicht kompensieren können. Vergessen werden darf dabei keinesfalls, dass der demographische Wandel ein regional und lokal differenzierter Prozess ist, der gleichsam Chancen, aber auch Risiken für den Zusammenhalt des Freistaates Thüringen beinhaltet.

Deshalb muss über alle relevanten Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hinweg eine Thüringer Demographiestrategie entwickelt werden, die diese Fakten aufgreift. Sie darf nicht nur formal erarbeitet werden oder lediglich bestehende Projekte, Richtlinien und Steuerungsansätze noch einmal in einem anderen Zusammenhang wiederholen. Vielmehr ist es notwendig, ein klares und abgegrenztes Ziel zu definieren, welches unter Berücksichtigung der verfügbaren Mittel und Möglichkeiten zu erreichen ist. In diesem Sinne gehört die Lebensqualität der Thüringer Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum der Thüringer Demographiestrategie.

Im Folgenden möchte ich aber zum Beantworten der von Ihnen gestellten Fragen übergehen:

1. Welche von den demografischen Herausforderungen besonders betroffenen Themen und Bereiche erachten Sie als zentral für eine demografiefeste Zukunftsentwicklung des Freistaates?
  - Stärkung der Zentralen Orte als Anker- und Konzentrationspunkte zur Sicherung bedarfsgerechter sozialer Infrastruktur und Nahversorgung öffentlicher und privater Einrichtungen vor allem im Ländlichen Raum
  - Sicherung bedarfsgerechter Erreichbarkeit
  - Nachhaltige Siedlungsentwicklung durch:
    - angepasste technische Infrastruktur (unbedingte Bedarfs- / Alternativenprüfung bei Neubau, Rückbau vom Ende zum Zentrum)
    - unterschiedliche Wohnqualitäten entsprechend der finanziellen und Bedürfnis-Lage der Bevölkerung (sozialverträglich, altengerecht / barrierefrei / selbstbestimmt, ÖPNV-Anbindung)
    - Umbau des Siedlungsbestandes zu attraktiven Lebensorten
  - attraktive Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten, lebenslanges Lernenflächendeckende Anbindung an die modernen Kommunikationsmedien (mobil, Breitband)
  - Stärkung der Familie z. B. durch Schaffung besserer Möglichkeiten der Vereinbarung von Familie und Beruf
  
2. Der demografische Wandel ist auch eine Chance. Welche Potenziale erkennen Sie für Thüringen?
  - Zunächst dürfen die Bevölkerungsprognosen und die daraus resultierenden vielfältigen und herausfordernden Probleme unsers Landes nicht den Blick auf die anderen Rahmenbedingungen der Landesentwicklung verdrängen. Chancen und Potentiale aus der Lage Thüringens in Deutschland und Europa, der großräumigen Erreichbarkeit, der attraktiven städtischen Zentren v.a. entlang der Thüringer Städte-kette, durch Forschung und Entwicklung und unserer wertvollen Kulturlandschaften bleiben neben manch anderem bestehen und dürfen / müssen weiterhin zur Entwicklung unseres Landes genutzt werden. Zudem trifft uns die Entwicklung nicht schlagartig, sondern lässt sich über viele Jahre hinweg vorausschauen. Dies ergibt heute noch die Chance auf Entwicklungen zu reagieren und Instrumente und Methoden zu erarbeiten.
  - Der demographische Wandel verstärkt die Notwendigkeit zur interkommunalen Kooperation. Die Aktivierung von Städteverbänden oder kommunalen Arbeitsgemeinschaften ist besonders zur Umsetzung von Projekten und Maßnahmen als Chance zu sehen.
  - Mit dem Bevölkerungsrückgang steigt in manchen Bereichen die Notwendigkeit, bestimmte Dinge selbst organisieren zu müssen. Wie schon bei den sozialen Sicherungssystemen wird der Staat sich immer mehr aus vielen Bereichen zurückziehen und sie dem Einzelnen überlassen. Damit steigt die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe, die wiederum die gesamtgesellschaftliche Chance bietet, das gegenseitige Miteinander, Achten und Helfen zu fördern. Bedeutung gewinnt damit auch das bürgerschaftliche Engagement und dessen Förderung und Unterstützung, wodurch ein engeres Zusammenspiel in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erreicht werden kann - angefangen vom klassischen Modell des Ehrenamtes in Sozial-, Bildungs-, Kultur- und Sportvereinen über

die Unterstützung von Familien mit Kindern, Älteren, Pflegebedürftigen bis zum Ausbau von Mehrgenerationenhäusern und -wohnanlagen.

- Not macht erfinderisch: Weniger Ressourcen finanzieller Art wie auch an Potenzialen / Gestaltungsspielräumen bieten nicht nur die Chance, sondern ab einem bestimmten Punkt auch den Zwang zu einer optimierten Nutzung oder Organisation dieser Ressourcen. Damit können bisherige Verhaltensweisen, Prozesse und Nutzungen, die gegenwärtig oft aus Bequemlichkeit oder Kostengründen trotz ihrer größeren Effizienz keine Rolle spielen, eine größere Bedeutung und Anwendung bekommen. Gleiches gilt im selben Maß für bestehende Normen, Vorschriften und Rechtsverordnungen, die unter diesen Bedingungen angepasst werden und den erforderlichen Spielraum geben müssen.
  - Der Rückgang an Arbeitskräften bietet die Möglichkeit, dass die Bemühungen um Integration von Menschen aus dem Ausland einerseits oder bisher arbeitsmarktferner Bevölkerungsgruppen andererseits intensiviert werden (müssen).
3. Wo besteht aus Ihrer Sicht Handlungs- bzw. Gestaltungsbedarf und wie könnte dieser ggf. ausgestaltet sein?

Folgender Handlungs- und Gestaltungsbedarf besteht auf der strategischen Ebene:

- Die (finanzielle) Handlungsfähigkeit der Kommunen und Landkreise muss gesichert oder wiederhergestellt werden. Sie sind wichtige Akteure im demographischen Umbauprozess, da sie einen Großteil der sozialen und technischen Infrastruktur vorhalten.
- Das Know-how muss bei allen zentralen Akteuren im Land gefördert werden. Hier fehlen aktivierende Beratungsleistungen durch „Demographietrainer“ in den Regionen oder Landkreisen.
- Es fehlt die Kommunikation mit den Bürgern. Der Umbau der sozialen und technischen Infrastruktur ist vergleichbar mit einem Großprojekt und bringt viele Veränderungen im Alltagsleben. Hier muss zwingend Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern durch eine unverstellte, offene Informationspolitik und transparente Entscheidungen geschaffen werden.

Folgender Handlungs- und Gestaltungsbedarf besteht auf der inhaltlichen Ebene:

- Thüringen braucht eine verantwortungsbewusst und kooperativ Rahmen setzende Landesplanung. Ziele und Grundsätze zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung, zum großflächigen Einzelhandel, Verkehr usw. schaffen die Voraussetzung, dass Nutzungen in den Innenstädten bleiben können. Die langfristig steigenden Infrastrukturkosten durch Außenentwicklung und entdichtete Siedlungen (Leerstand und Brachflächen) verschlechtern die Ausgangsbedingungen für eine effiziente Demographiestrategie. Die Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum braucht ein ausgewogenes Netz an Grundzentren und der darauf ausgerichteten grundzentralen Versorgung mit einem verbindlichen Standard sowie gute Erreichbarkeiten durch MIV und ÖPNV. Insofern verweise ich hier auf die in Ihrem Hause vorliegende Stellungnahme zum Entwurf des LEP 2025.
- Dorf- und Stadtentwicklung: Unterstützung beim Abriss von Schrottimmobilien, Bausubstanz-, Leerstands- und Brachenkataster („echtes“ Raum-Monitoring)

4. Welche offenen Fragen und ggf. Defizite sehen Sie in den Themenbereichen mit Demografiebezug? Wo fehlt es aus Ihrer Sicht an Konzepten, Maßnahmen oder Instrumenten?

In diesem Punkt sehe ich derzeit keine akuten Defizite. Konzepte und Maßnahmen zum demografischen Wandel sind ausreichend vorhanden und müssen ggf. nur noch zu speziellen Themenstellungen vertiefend bearbeitet werden. Wichtig ist vielmehr, die vorhandenen Konzepte mit konkreten Maßnahmen umzusetzen, die positiven Erfahrungen aus Modellvorhaben auch zu nutzen und breiter öffentlich zu machen sowie Anwendungen im ganzen Freistaat zu ermöglichen.

5. In Ihrem Tagesgeschäft sind Sie oftmals unmittelbar mit der Umsetzung und Ausgestaltung von landes- und / oder bundesrechtlichen Regelungen wie Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen oder auch Fördergrundsätzen betraut. Sehen Sie hier Bedarf zur Anpassung an die sich verändernden demografischen Bedingungen und wenn ja, welche?

- Eine Vielzahl an Vorschriften hemmen sinnvolle Lösungen, die insbesondere lokal zu Problemen führen. So verhindern Vorschriften viele ambulante oder kleinteilig organisierbare Varianten (Gemeindeschwester / Hebamme, Tagesmütter, Zwergschulen, wirtschaftliche Tätigkeit von Kommunen, u. s. w.). Für manche Bereiche müssen grundsätzliche Änderungen vollzogen werden, manche benötigen mehr Spielräume, andere brauchen überhaupt eine vernünftige rechtliche Regelung.
- Neben der primär zu verbessernden finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen und Landkreise (siehe Frage 3), die vor allem im Hinblick auf die erforderlichen Eigenanteile eine notwendige Voraussetzung ist, dass entsprechende Mittel überhaupt abrufen werden können, ist eine bessere Abstimmung von europäischen, bundesweiten und Thüringer Förderprogrammen erforderlich, um eventuelle Eigenanteile zu kompensieren und damit finanzschwachen Kommunen weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.
- Fördermöglichkeiten z.B. für Planung und Umsetzung sollten kombinierbar sein, um Ziel führende Konzepte auch zu realisieren.
- Bundesweite Einführung eines sozialen Pflichtjahres als Möglichkeit der Abdämpfung des Arbeitskräftebedarfes in diesem Bereich einerseits sowie der Vermittlung / Förderung / Entwicklung sozialer Kompetenzen und Einsichten in deren Notwendigkeit andererseits für alle Gruppen der Bevölkerung.

Die hier dargestellten Anregungen umfassen keinesfalls die gesamte Bandbreite des demografischen Wandels. Es sind die wesentlichen Vorschläge aus Sicht der Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen und - wie von Ihnen ja auch gewünscht - darüber hinaus zusammengestellt worden, die dazu beitragen können, dass Kommunen und Regionen Thüringens die Möglichkeit haben, dem demographischen Wandel und seinen Folgen begegnen zu können.

Bei weiteren Fragen können Sie sich gern an die Mitarbeiter der Regionalen Planungsstelle wenden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hertwig